

Heise, Arne

**Working Paper**

## Erlebt Deutschland ein neues Wirtschaftswunder? Betrachtungen auf Grundlage der postkeynesianischen Marktkonstellationsforschung

Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 27

**Provided in Cooperation with:**

University of Hamburg, Department of Socioeconomics

*Suggested Citation:* Heise, Arne (2008) : Erlebt Deutschland ein neues Wirtschaftswunder? Betrachtungen auf Grundlage der postkeynesianischen Marktkonstellationsforschung, Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 27, Universität Hamburg, Department Wirtschaft und Politik, Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41346>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Nr. 27

**Erlebt Deutschland ein neues  
Wirtschaftswunder?  
Betrachtungen auf Grundlage der  
postkeynesianischen Marktkonstellationsforschung**

Arne Heise

Januar 2008

ISSN: 1613-7000

Die Arbeitspapiere für STAATSWISSENSCHAFT/ Working Papers on ECONOMIC GOVERNANCE werden in unregelmäßiger Folge von der Professur Wirtschaftspolitik/ Economic Governance am Department Wirtschaft und Politik der UNIVERSITÄT HAMBURG ausschließlich in elektronischer Form herausgegeben:

Prof. Dr. Arne Heise  
Universität Hamburg  
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Department Wirtschaft und Politik  
Von-Melle-Park 9

D-20146 Hamburg

Tel.: -49 40 42838 2209

e-mail: [Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de](mailto:Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de)

Das Verzeichnis aller Arbeitspapiere und anderer Veröffentlichungen/ List of all working papers and other publications:

[www.hwp-hamburg.de/fach/fg\\_vwl/DozentInnen/heise/Materials/heise-downlds.htm](http://www.hwp-hamburg.de/fach/fg_vwl/DozentInnen/heise/Materials/heise-downlds.htm)

**Zitierweise:**

Autor (Jahr), Titel, *Arbeitspapiere für Staatswissenschaften* Nr. X, Department für Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg

**Citation:**

Author (Year), Title, *Working Papers on Economic Governance* No. X, Department of Economic s and Political Science at Hamburg University

# **Erlebt Deutschland ein neues Wirtschaftswunder? Betrachtungen auf Grundlage der postkeynesianischen Marktkonstellationsforschung\***

## **1. Nach der Stagnation das Wirtschaftswunder?**

Lange Zeit stand es (scheinbar) schlecht um den Patienten ‚Deutschland‘: Nach fast anderthalb Jahrzehnten der Stagnation war die Arbeitslosigkeit hierzulande höher als fast überall sonst in der Europäischen Union, jedenfalls aber der Trend deutlich schlechter als in weiten Teilen Europas und, vor allem, als in den Ländern des ‚liberalen Kapitalismus‘: USA, Großbritannien, Irland oder auch Neuseeland. Deutschland schien der große Verlierer der mit dem Fall der Berliner Mauer rasant zunehmenden Globalisierung und der fortschreitenden europäischen Integration. Erst die mit der ‚Agenda 2010‘ eingeleitete Erneuerung des ‚Modells Deutschland‘ schien die Bundesrepublik auf ihre Zukunft als Dienstleistungsökonomie<sup>1</sup> vorzubereiten und – nach mehreren Steuersenkungen insbesondere für Unternehmen und Spitzenverdiener – Deutschland als Unternehmensstandort endlich wieder attraktiv zu machen. Wenn die Menschen diese Politik, zumindest als sozialdemokratische Regierungspolitik und mit technokratischer ‚TINA‘-Rhetorik gepriesen, auch nicht recht goutierten<sup>2</sup>, so reibt sich ein ‚Mitverantwortlicher‘ – der heutige Außenminister und frühere Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier – doch nun öffentlich die Hände, indem er den gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwung als zwangläufiges Ergebnis der Agenda-Politik reklamiert und ganz unbescheiden von einem ‚neuen Wirtschaftswunder‘ spricht<sup>3</sup>.

Abbildung 1 zeigt zunächst einmal den konjunkturellen Verlauf nach dem Einigungsboom Anfang der 1990er Jahre und die darauf folgende Krise mit anschließend stagnativem Verlauf, der die Arbeitslosigkeit zum Ende der Kohl-Ära 1997 auf einen (negativen) Höhepunkt trieb. Während der ersten Amtszeit von Kanzler Schröder sank die Arbeitslosigkeit zwar im Trend etwas, verblieb aber hoch und begann nach der weltweiten Rezession Anfang des neuen Jahrtausends wieder zu steigen. Nach mehrjähriger, rezessiver Phase sprang dann im Jahr 2006 tatsächlich der Konjunkturmotor an und die Arbeitslosigkeit begann zu sinken, doch lässt sich

---

\* Mein Dank für wertvolle Hinweise geht an Toralf Pusch. Alle verbleibenden Fehler gehen allein zu meinen Lasten.

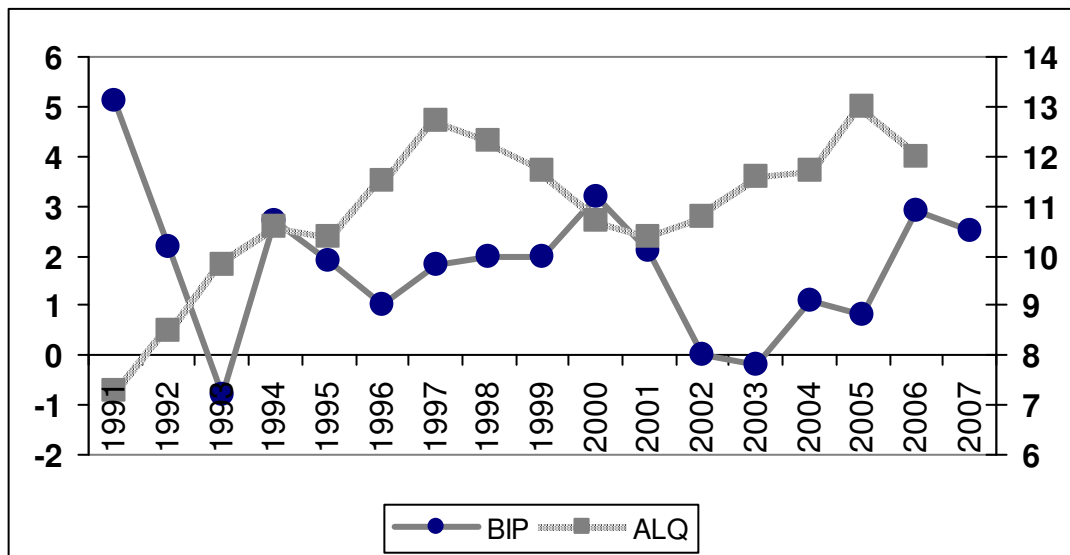
<sup>1</sup> Die Agenda-2010-Politik floss wesentlich in die ‚Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt‘ (so genannte Hartz I – IV – Gesetze) ein.

<sup>2</sup> Es dürfte weitgehend außer Frage stehen, dass die für die SPD 2005 verlorene Bundestagswahl wie auch die vorher und nachher teilweise dramatischen Zustimmungsverluste bei Landtagswahlen wesentlich auf die Agenda-2010-Politik zurückzuführen sind.

<sup>3</sup> So in einem SPIEGEL-Interview vom 09.07.2007. Steinmeier sieht das 3. Wirtschaftswunder aufziehen, nach dem 1. Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit und dem 2. Wirtschaftswunder der Wiedervereinigung (sic!).

hieraus sicher noch keine strukturell veränderte Trendentwicklung ableiten, die als ‚neues Wirtschaftswunder‘ bezeichnet werden könnte.

Abbildung 1: Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung im vereinten Deutschland



Anmerkungen: Rechte Skala für Arbeitslosenquote (ALQ), linke Skala für jährliche Veränderung des BIP in % (BIP); Angaben für 2007: Schätzung

Quelle: Statistisches Bundesamt (ALQ) und Sachverständigenrat (BIP)

Obwohl der Begriff ‚Wirtschaftswunder‘ nirgendwo definiert ist, kann er ohne große Gefahr des Dissens reserviert werden für die Bezeichnung einer lang anhaltenden Phase wirtschaftlicher Entwicklung von außergewöhnlicher Dynamik. Das – sehr seltene – Auftreten solcher Phasen kann mit der kriegsbedingten Vernichtung von Kapitalbeständen und der folgenden, besonders dynamischen Akkumulation begründet sein, wie wir es nach dem 2. Weltkrieg erlebt haben (vgl. Lindlar 1997: 61ff.), es mag aber auch durch die Wirkung von Basisinnovationen (Kontradiereff-Zyklen) erklärbar sein (vgl. Thomas/Nefiodow 1998). Denkbar wäre allerdings auch die Reform des Institutionen- und Regulationsgefüges, die ‚blockierte‘ Marktentwicklungen strukturell befreit und damit zu einer überzyklischen Wachstumsdynamik beitragen kann (vgl. Olson 1982) – angebots- und standortpolitische Konzepte verweisen gewöhnlich auf diese Überlegungen. Zweifellos ist es letzterer Argumentationszusammenhang, den Steinmeier allenfalls im Blick gehabt haben kann und für sich reklamierte: die angebotspolitischen Maßnahmen der Agenda-2010-Politik als institutioneller Auslöser einer neuen Wachstumsdynamik.

Selbstverständlich ist der zu überblickende Zeitraum noch viel zu kurz, um in seriöser Weise den Steinmeier’schen Anspruch beurteilen zu können (wie er allerdings natürlich auch viel zu kurz ist, um in seriöser Weise einen derartigen Anspruch erheben zu können). Von ‚außergewöhnlicher Dynamik‘ ist allerdings bislang nichts zu erkennen, wie auch die zugrunde liegende Einschätzung, es seien wesentlich institutionelle, angebotsseitige Blockaden, die die stagnative Phase

begründeten, jüngst von einer Reihe prominenter Ökonomen überzeugend in Frage gestellt und vielmehr auf die Mängel des makroökonomischen Governance in Deutschland verwiesen wurde (vgl. Schettkat/Langkau 2007, Schettkat 2007, Howell 2005). Hier kann und soll keine weitere Kritik der angebotspolitischen Orientierung der Agenda-2010 geleistet, sondern stattdessen der postkeynesianische Marktkonstellationsansatz (vgl. Heise 2006a, Heise 2008) darauf hin geprüft werden, ob er eine Einschätzung der deutschen Makropolitik ermöglicht und womöglich – wie z.B. in Großbritannien (vgl. Balls/O’Donnell 2002; Nachtwey/Heise 2006) – tatsächlich Weichenstellungen für eine günstigere Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung aufzuzeigen vermag.

## **2. Der Marktkonstellationsansatz zur Erklärung langfristiger Wirtschaftsperformanz**

Es ist mittlerweile unbestritten, dass die institutionelle und regulative Einbindung ökonomischer Aktivitäten nicht nur die Allokation der Produktionsfaktoren in einer Volkswirtschaft beeinflusst, sondern auch auf die Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung systematisch einwirken kann. Dies ist von besonderer Bedeutung für eine theoretische Modellierung ökonomischer Aktivitäten, die dauerhafte, unfreiwillige Unterbeschäftigung (also eine nicht nur temporäre Unterauslastung der Produktionsfaktoren) erklären kann und in der makroökonomische Interventionen folglich nicht nur temporären (zyklisch stabilisierenden), sondern dauerhaften Charakter erhalten: den Postkeynesianismus<sup>4</sup>.

Die auf den Postkeynesianismus fußende Theorie der Wirtschaftspolitik erklärt aber nicht nur dauerhaften, makroökonomischen Interventionsbedarf, sondern beschreibt eine Ergebniskontingenz, die den hydraulischen und teleologischen Vorstellungen von Wirtschaftspolitik sowohl des nicht mehr sehr populären Standardkeynesianismus wie auch des neoklassischen Mainstreams widerspricht: Während hier der Interventionshintergrund immer in einem partiellen bzw. temporären Versagen der Märkte (oder auch nur eines Marktes) gesehen wird, ist der Staat mit seiner Intervention prozess- oder ordnungspolitischer Art quasi ein den Marktakteuren gegenüberstehender, ‚reparierender Dritter‘<sup>5</sup>. In postkeynesianischer Betrachtung hingegen zeigt staatlicher Interventionsbedarf nicht unbedingt Marktversagen an, sondern ist der politisch zu begründende Wunsch, durch Marktteilnahme das Marktergebnis – also z.B. die Beschäftigungshöhe oder auch die Einkommensverteilung - in einer bestimmten Weise zu verändern. Wie jeder andere Marktteilnehmer von entsprechender ökonomischer Größe kann er dabei zwar sicher die Marktergebnisse beeinflussen, doch bleibt das Steuerungspotential begrenzt: Abhängig von den Reaktionen der Marktakteure können Mengen- oder

---

<sup>4</sup> Zwar stellt der Postkeynesianismus keine kohärente Theorieschule dar, doch lassen sich einige gemeinsame Merkmale identifizieren: Betonung der Unsicherheit gegenüber dem stochastischen Risiko; Betonung der Bedeutung des Geldes als Verbindungsstück zwischen Gegenwart und Zukunft; Zurückweisung des ‚Walras-Gesetz‘ der Märkte; Endogenität der Geldmenge; vgl. u.a. Davidson (1994); Palley (1996).

<sup>5</sup> Weshalb ja gelegentlich auch das Bild vom Staat als Reparaturbetrieb gebraucht wird.

Preisveränderungen oder beliebige, schwer prognostizierbare Kombinationen von Mengen- und Preisveränderungen eintreten (Vgl. Riese 1998: 28).

Das Zusammenspiel von individuellen und kollektiven Marktakteuren auf der einen Seite und dem staatlichen Akteur auf der anderen Seite kann nun durch Institutionen und Regulierungen vorhersehbarer und damit planbarer gemacht werden. Gleichzeitig wird damit die Steuerungsunschärfe reduziert. Spezifische Sets an Institutionen und Regulierungen, in Verbindung mit anhaltenden Marktbedingungen (z.B. Sättigungsgrade oder Bewertungsvolatilitäten) und Politikorientierungen können dabei als Marktkonstellationen bezeichnet werden. Diese Marktkonstellationen können wachstums- und beschäftigungsförderlicher oder auch wachstums- und beschäftigungsfeindlicher sein, je nachdem wie sie die Erwartungen über künftige gesamtwirtschaftliche Nachfrage beeinflussen. Wirtschaftspolitik kann (reales) Wirtschaftswachstum und Beschäftigung also nicht direkt – teleologisch – steuern, sondern nur dazu beitragen, eine Marktkonstellation zu schaffen bzw. zu erhalten, die die Erwartungen der Wirtschaftsakteure verstetigt und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hoch hält (vgl. Heise 2006a; Heise 2008; Heine/Herr/Kaiser 2006):

- Sie muss eine verlässliche und verstetigte Finanzpolitik betreiben, die den Anforderungen eines Vollbeschäftigungspfades unter Wahrung der Nachhaltigkeit gerecht wird – dies gelingt am Besten durch eine am ‚Capital-Budgeting‘ orientierte Regelbindung (vgl. Heise 2007).
- Sie muss das Zeitinkonsistenzproblem durch Gewährung der Zentralbankautonomie lösen (und damit Vertrauen in eine preisstabilitätsorientierte Geldpolitik schaffen) und das entstehende Prinzipal-Agenten-Problem durch eine Beschränkung der Autonomie auf die Instrumenten- statt der Zielautonomie minimieren.
- Sie muss die Marktbewertungsvolatilitäten reduzieren helfen, indem sie durch institutionelle Vorkehrungen zu einem stabilen Wechselkursregime beiträgt und die Kollusions- und Kooperationsbereitschaft der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter (Korporatismus) fördert oder aber jedenfalls nicht untergräbt.
- Sie muss durch institutionelle Vorkehrungen dazu beitragen, dass das durch die akteurielle Trennung von Geld- und Finanzpolitik entstehende Kooperationsproblem ebenso minimiert wird wie die Abstimmung der staatlichen Politikträger (Regierung und Zentralbank) mit der Lohnpolitik erst die Grundlage für ein inflationsfreies Wachstum auf Vollbeschäftigungsniveau ermöglicht.

Wie an anderer Stelle gezeigt wurde (vgl. Heise 1999: 177ff.), haben die mikroökonomisch ausgerichteten Institutionen und Regulierungen der Arbeitsbeziehungen (z.B. Kündigungsschutz- und Partizipationsregeln) und des Innovationssystems (z.B. das Forschungs-, Aus- und Weiterbildungssystem) in erster Linie Einfluss auf die Effizienz der eingesetzten Produktionsfaktoren (also die Produktivitätsentwicklung), während die makroökonomisch orientierten Institutionen, Regulierungen und Governance-Strukturen im oben genannten Sinne

wesentlich die Menge der eingesetzten Produktionsfaktoren beeinflussen und deshalb bei der Betrachtung extensiven Wachstums und der Beschäftigungsentwicklung von besonderer Bedeutung sind.

Wenn mindestens ein kurz- bis mittelfristiger Zusammenhang zwischen der Arbeitsmarktlage und der Nominallohn- und Preisentwicklung besteht, wie ihn die ursprüngliche und die modifizierte Phillips-Kurve postulieren, gleichzeitig das finanz- und geldpolitische Neutralitätspostulat als unrealistisch zurückgewiesen wird<sup>6</sup>, dann kommt der Fähigkeit eine überragende Rolle zu, die verschiedenen makroökonomischen Politikbereiche und deren handlungsautonome Akteure zu koordinieren bzw. zur Kooperation zu animieren. Wir wissen (vgl. Nordhaus 1994; Heise 2001), dass der gesamtwirtschaftlich günstigste Performanz-Mix entsteht, wenn es zu einer Kooperation von Zentralbank, Regierung und Tarifparteien kommt (das so genannte ‚kooperative Nash-Gleichgewicht‘), wobei die Zentralbank hierbei durch Gewährung von Autonomie als besonders preisstabilitätsorientiert (‚konservativ‘) angenommen wird und für die Regierung unterstellt wird, dass sie die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik berücksichtigt.

Gelingt hingegen keinerlei Kooperation der Makro-Akteure, dann schnappt die Rationalitätenfalle zu und es kommt, obwohl ein für alle besserer Performanz-Mix möglich wäre, zu höchster Arbeitslosigkeit (und entsprechend geringstem Wachstum) bei gleichzeitig höherer Inflation: das so genannte ‚nicht-kooperative Nash-Gleichgewicht‘.

Kommt es zwar nicht zu einer expliziten Kooperation, aber doch immerhin zu einer Vorfestlegung des Verhaltens eines Akteurs unabhängig vom Verhalten der anderen Akteure (die so genannte Stackelberg-Führerschaft; vgl. z.B. Pusch 2007), dann sind Performanzen zu erwarten, die zwar besser als im unkooperativen, aber ungünstiger als im kooperativen Fall (Nash-Gleichgewicht) ausfallen<sup>7</sup>. Die Ergebnisse dieser so bestimmaren Marktkonstellationen sind in Tabelle 1 festgehalten und werden in Heise (2006a) und Heise (2008) detailliert beschrieben und erklärt. Hier soll nur darauf verwiesen werden, dass die 3-Akteure-Konstellation in einem 2-dimensionalen Raum nicht adäquat abgebildet werden kann. Deshalb ist die Finanzpolitik nicht explizit ausgewiesen, sondern es wird unterstellt, dass sie die Geldpolitik jeweils unterstützt und ggf. entlastet. Im Falle der nicht-akkommodierenden Geldpolitik ist zusätzlich die Unterscheidung zwischen einer

---

<sup>6</sup> Dies hat jüngst der amerikanische Nobelpreisträger George Akerlof (2007) überzeugend getan und damit das ‚Ende der Nach-Keynes-Ära‘ markiert.

<sup>7</sup> Ob kooperative Politikergebnisse den nicht-kooperativen Ergebnissen vorgezogen werden, hängt einerseits davon ab, wie die Nutzenfunktionen der Akteure aussehen (eine ausschließlich auf Preisstabilität orientierte Zentralbank beispielsweise kann von Kooperation oder auch Stackelberg-Führerschaft nicht profitieren) und ob der Nutzen der Makroakteure oder die Wohlfahrt der Gesellschaft (bei Prinzipal-Agenten-Problemen) betrachtet wird.



‚wagemutigen‘ und einer ‚nicht-wagemutigen‘ Zentralbank gemacht worden.<sup>8</sup> Dahinter verbirgt sich die empirisch gut gesicherte Erkenntnis, dass es Zentralbanken gibt, deren Reaktion auf inflationäre und deflationäre Entwicklungen symmetrisch ist (‚wagemutig‘), während andere Zentralbanken deutlich asymmetrisch reagieren – d.h. sie reagieren auf inflationäre Entwicklung sofort restriktiv, beantworten hingegen deflationäre Entwicklungen nicht mit entsprechend expansiver Geldpolitik (‚nicht-wagemutig‘).

Tabelle 1: Performanz-Mix in verschiedenen Marktkonstellationen

		<b>Geldpolitik (und Finanzpolitik)</b>			
		akkommodierend	nicht-akkommodierend		
<b>Lohnpolitik</b>	<b>zentral-korporatistisch</b>		wagemutig	Nicht-wagemutig	<b>Kooperativ</b>
			<i>Stackelberg-Führung der Geldpolitik</i>	<i>Stackelberg-Führung der Lohnpolitik</i>	
		ALQ: niedrig INF: mittel	ALQ: niedrig INF: niedrig	ALQ: mittel INF: niedrig	ALQ: niedrig INF: niedrig
<b>Dezentral</b>			<i>nicht-kooperatives Nash-Gleichgewicht</i>		
	ALQ: mittel INF: hoch	Soskice-Fall: ALQ: mittel – hoch INF: mittel - niedrig	Calmfors-Driffil-Fall: ALQ: niedrig – mittel INF: niedrig – Deflationär		

Anmerkungen: ALQ = Arbeitslosenquote; INF = Inflationsrate; weitere Erläuterungen in Heise(2006a; Soskice-Fall: starke Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene (‚Local Pushfullness‘; s. Soskice 1990); Calmors-Driffil-Fall: schwache Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene (s. Calmfors/Drifill 1988)

<sup>8</sup> Die Benennung ist Dullien (2004) entlehnt, die grundlegenden Überlegungen sind aber auch an anderer Stelle angestellt worden (z.B. Palley 1999) und firmieren gelegentlich unter der Metapher ‚Testing the Waters‘ (vgl. Pusch 2007). An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass es im Falle einer nicht-wagemutigen Zentralbank den Tarifparteien u.U. nicht gelingt, ihre Lohnpolitik zu optimieren. In diesem Falle wäre es fraglich, ob die Bezeichnung ‚Stackelberg-Führerschaft‘ noch korrekt wäre. Dennoch möchte ich diesen Sonderfall der Einfachheit halber weiter unter ‚Stackelberg-Führerschaft‘ firmieren lassen.

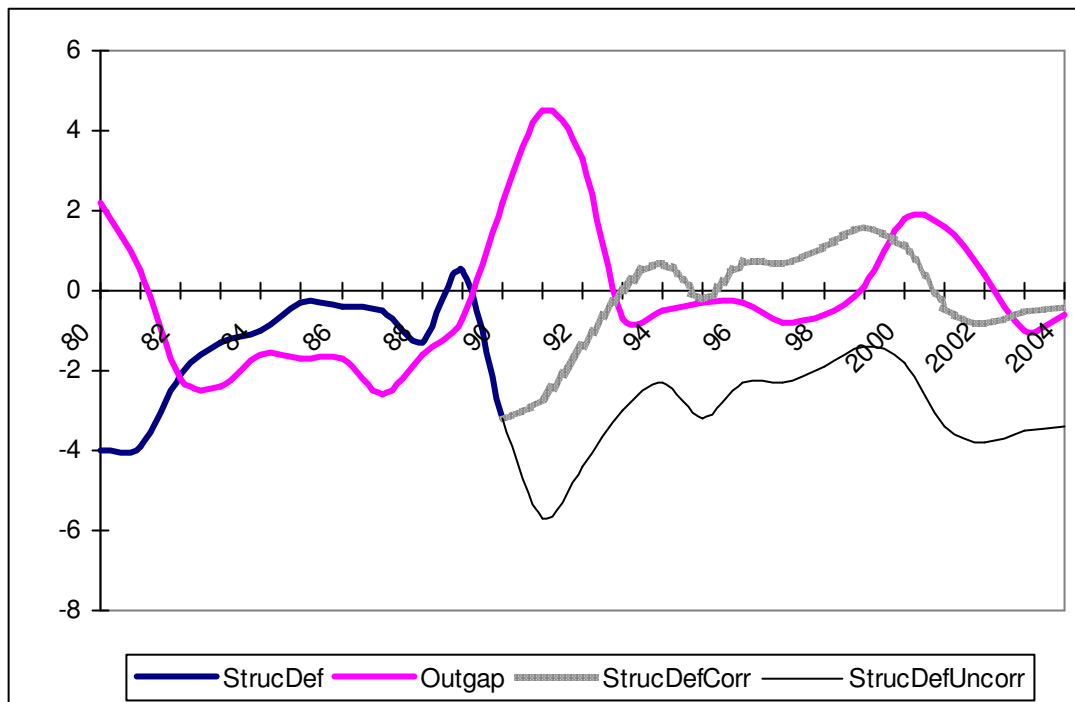
### **3. Deutschlands Marktkonstellation – Anzeichen für anhaltende Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung?**

Neben der Beschreibung makropolitische Regime wird die Marktkonstellation Deutschlands natürlich auch durch allgemeine (dauerhafte) Marktmerkmale – wie die hohe Wettbewerbsintensität und der hohe Sättigungsgrad oder die seit der Einführung des EURO realisierte Bewertungssicherheit (Wegfall der Wechselkursunsicherheit) für ein erhebliches Ausmaß deutscher Ex- und Importe – gekennzeichnet. Bei der weiteren Betrachtung der deutschen Marktkonstellation kann es allerdings nur darum gehen, jene von den makropolitischen Akteuren direkt beeinflussten Institutionen und Regulierungen bzw. Governance-Systeme zu betrachten.

Es dürfte keinerlei Zweifel daran bestehen, dass das für Deutschland konstaterbare geldpolitische Regime sowohl unter Bundesbank- wie auch unter EZB-Ägide als nicht-akkommodierend beschrieben werden kann. Darunter ist eine ausgesprochene Preisstabilitätsorientierung zu verstehen, die deutlich allen anderen Zielsetzungen (wie z.B. der Beschäftigungsstabilisierung) übergeordnet ist und auch sehr glaubhaft durchgesetzt wurde (vgl. z.B. Filc/Sandte 1998). Darüber hinaus dürfte Dullien (2004) zustimmen sein, wenn er Bundesbank und EZB als ‚nicht-wagemutig‘ beschreibt – dies wird von zahlreichen Studien (z.B. Bibow 2001; Bibow 2004) bestätigt. Ob die Asymmetrie, die dieser Strategie inhärent ist, auf die weit reichende Ziel- und Instrumentenunabhängigkeit der (Bundesbank und) EZB oder das häufig kritisierte, ambivalente 2-Säulen-Konzept der EZB zurückzuführen ist (vgl. Heine/Herr 2004: 183), kann an dieser Stelle offen bleiben. Jedenfalls ist eine grundlegende Änderung des geldpolitischen Regimes für Deutschland nicht in Sicht.

Das deutsche Tarifvertragssystem wird gemeinhin als korporatistisch beschrieben: Regional-sektorale Lohnverhandlungen werden von starken Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auf nationaler Ebene koordiniert – was zwar durchaus sektorale und regionale Differenzierungen von unvermutetem Ausmaß ermöglicht (s. Heise 1999), aber einerseits einen deflationären Lohnwettbewerb unterbindet, andererseits einen gesamtwirtschaftlichen Handlungsradius und damit die Internalisierung externer Effekte der Lohnpolitik ermöglicht. Im Ergebnis zeigt sich eine preisstabilitätsorientierte Lohnmoderation, die als stabile Vorfestlegung verstanden werden kann und damit eine Stackelberg-Führerschaft der Lohnpolitik markiert. Der anhaltende, wenngleich noch moderate Rückgang des Deckungsgrades der Kollektivverträge, die zunehmende Organisationsschwäche der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände und die durch Öffnungsklauseln ermöglichte Verbetrieblichung der Tarifpolitik zeigt allerdings eine Tendenz in Richtung Dezentralität an, die zwar gegenwärtig noch keine Revision der oben gemachten Einschätzung des deutschen Kollektivvertragssystems als korporatistisch bedeutet, aber langfristig eine Neubewertung des Lohnregimes erfordern könnte.

Abbildung 2: Strukturelle Haushaltsdefizite in Deutschland, 1980 – 2004

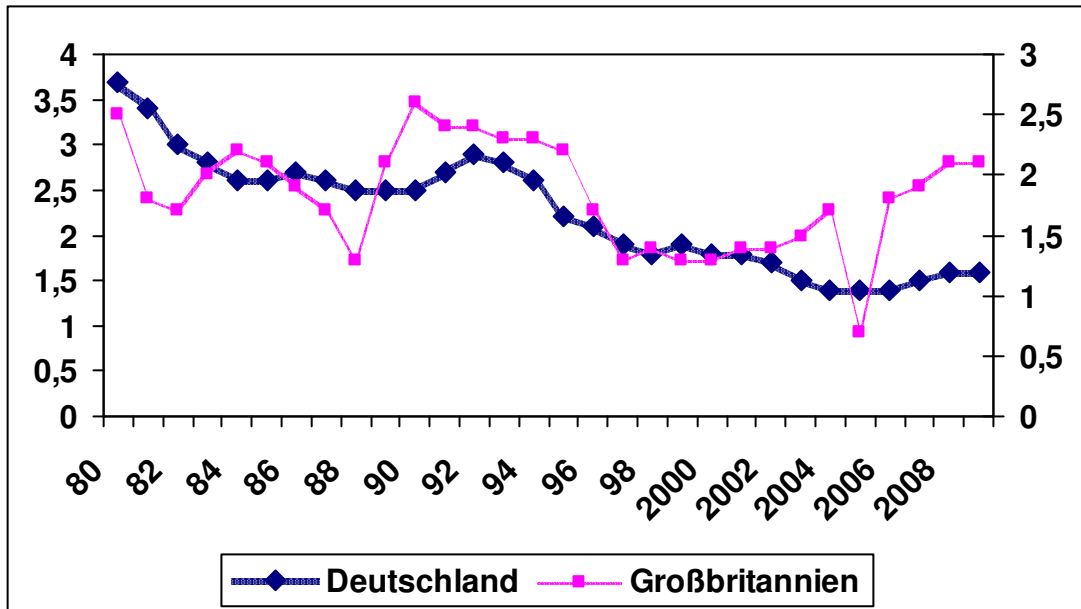


Anmerkungen: StrucDef = strukturelles Defizit der öffentlichen Haushalte; StrucDefCorr = um die Vereinigungskosten korrigiertes strukturelles Defizit; StrucDefUncorr = unkorrigiertes strukturelles Defizit; Output gap = Differenz der tatsächlichen BIP-Entwicklung vom langjährigen Durchschnitt  
 Quelle: European Economy, Statistical Annex, spring 2005

Da die Geldpolitik aufgrund des fehlenden Wagemutes die Stackelberg-Führerschaft der Lohnpolitik nicht im Sinne einer besseren Wachstums- und Beschäftigungsperformanz nutzen kann, wären nicht-inflationäre, expansive Impulse allenfalls von einer Finanzpolitik zu erwarten, die der Beschäftigungsstabilisierung hohe Priorität einräumt und sich als ‚nachhaltig-expansiv‘ beschreiben ließe (vgl. Heise 2007). Ob die Diskretionarität der Finanzpolitik, die das ‚keynesianische‘ Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 kodifiziert, als ein solches ‚nachhaltig-expansives‘ Fiskalregime verstanden werden kann, muss uns deshalb nicht weiter interessieren, weil spätestens mit dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997, schon früher aber mit der Vorgabe der finanzpolitischen Kriterien des Maastrichter Vertrags ab 1991 faktisch die Diskretionarität des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes durch ein am Null-Defizit orientiertes Regime ersetzt wurde. Auch die zeitweilige Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zwischen 2002 und 2005 kann nur sehr bedingt als Hinweis dafür taugen, dass die Finanzpolitik *de facto* expansiver ausgerichtet war, als es der *de jure* gültige Rahmen erlaubte, denn der Anstieg des Haushaltsdefizits ist nicht etwa durch eine diskretionäre Ausgabenerhöhung bedingt, sondern durch strukturelle Einnahmeverluste aufgrund mehrfacher Steuersenkungen und das konjunkturelle ‚Spielen der automatischen Stabilisatoren‘.

Abbildung 2 zeigt das Null-Defizit-Regime der Haushaltspolitik bereits seit Mitte der 1980er Jahre vor allem dann sehr deutlich, wenn um die (Netto-)Vereinigungskosten ab 1990 (jährlich immerhin etwa 3 – 4 % des BIP) bereinigt wird. Außerdem wird ein fast durchgängig prozyklisches Handlungsmuster erkennbar (vgl. Schettkat 2007: 744). Die mittelfristige Haushaltsplanung von Finanzminister Steinbrück, die bis 2010 einen ausgeglichenen (Bundes-)Haushalt anstrebt, zeigt keinerlei Revision des bisherigen finanzpolitischen Kurses an. Die Einschätzung eines wohl spätestens seit der Kohl'schen Wende Anfang der 1980er Jahre restriktiven Fiskalregimes wird unterstrichen, wenn wir auf die Entwicklung der öffentlichen Investitionen blicken, die aufgrund ihres hohen Multiplikatoreffektes als besonders beschäftigungs- und wachstumswirksam angesehen werden können.

Abbildung 3: Öffentliche Investitionsquote in Deutschland (und Großbritannien), 1980 – 2009



Anmerkungen: Daten ab 2007 sind Projektionen; linke Skala: Deutschland; rechte Skala: Großbritannien  
 Quelle: European Economy, Statistical Annex, spring 2007

Mit Ausnahme einer kurzzeitigen Belebung der öffentlichen Investitionstätigkeit im Zuge der deutschen Vereinigung Anfang der 1990er Jahre zeigt sich ein stetiger Rückgang der öffentlichen Investitionsquote auf historische Tiefstände (Abb. 3) – selbst die Projektion der Investitionstätigkeit in den nächsten Jahren zeigt keine tief greifende Trendwende an (wie sie Großbritannien in der 2. Regierungszeit Tony Blairs und nun unter Regierungschef Gordon Brown zu erleben scheint), sondern allenfalls eine Verstetigung auf niedrigem Niveau.

Schließlich sollte darauf verwiesen werden, dass es in Deutschland keinerlei Institutionen gibt, die eine Koordinierung der makroökonomischen Politikbereiche

ermöglicht. Im Gegenteil: der entscheidende Akteur<sup>9</sup> – die Bundesbank – geht vom so genannten ‚Assignment-Modell‘ der Wirtschaftspolitik aus, wonach eine Koordinierung nur die Zuständigkeiten verwischt und deshalb zugunsten einer klaren Zuweisung („Assignment“) von Akteuren und Zielen unterbleiben sollte (vgl. z.B. EZB 1999; Hesse/Naujocks 1998). Die im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz für genau diese Koordinierung vorgesehene Konzertierte Aktion ist – u.a. deshalb – folgerichtig Anfang der 1970er Jahre faktisch gescheitert und seither nicht mehr genutzt worden, das kurzzeitig aktive ‚Bündnis für Arbeit‘ kam vollständig ohne die Geldpolitik aus und zeigt an, worum es letztlich in beiden Institutionen vordringlich ging: eine stabilitätsorientierte Einkommenspolitik (vgl. Heise 2001: 144).

Tabelle 2: Marktconstellation und Makro-Performance in Deutschland, Großbritannien und USA

	<b>Stackelberg-Führung der Lohnpolitik</b>		<b>Kooperatives Nash-Gleichgewicht</b>	<b>Nicht-kooperatives Nash-Gleichgewicht</b>
	<b>Deutschland 1997 - 2005</b> (nicht-wagemutige Geldpolitik; restriktive Finanzpolitik)	<b>Großbritannien 1997 - 2005</b> (nicht-wagemutige Geldpolitik; expansive Finanzpolitik)	<b>USA 1997 - 2005</b>	<b>Großbritannien 1979 – 1992</b> (Soskice-Fall)
<b>Kurzfristiger Realzins</b>	2,5	2,9	1,8	4,7
<b>Strukturelles Defizit*</b>	+ 0,5	-1,0	-1,3	-2,5
<b>Inflationsrate (Konsumdeflator)</b>	<b>1,3</b>	<b>1,4</b>	<b>1,9</b>	<b>7,0</b>
<b>BIP-Wachstum</b>	<b>1,6</b>	<b>2,6</b>	<b>3,2</b>	<b>1,8</b>
<b>ALQ</b>	<b>8,9</b>	<b>5,5</b>	<b>5,0</b>	<b>9,4</b>

Anmerkungen: \* für Deutschland korrigiert um die Einigungskosten

<sup>9</sup> Die Bundesbank kann deshalb als entscheidend angenommen werden, weil einerseits sich die anderen Akteure – Regierung und Tarifparteien – strategisch auf die Zentralbank beziehen, andererseits deshalb, weil die autonome Zentralbank letztlich ihre Vorstellungen von angemessener aggregierter Nachfrage durchsetzen kann.

Quelle: European Economy, Statistical Annex, Spring 2007 und European Economy, No.60, 1995

Insgesamt wird man die Marktkonstellation Deutschlands also als Stackelberg-Führung der Lohnpolitik bei nicht-wagemutiger Geld- und restriktiver Finanzpolitik beschreiben müssen, deren gesamtwirtschaftliches Ergebnis ein Mix aus gehemmter Wachstumsentwicklung bei mittlerer Arbeitslosigkeit und hoher Preisstabilität ist – oder anders ausgedrückt: die stagnative Wirtschaftsentwicklung über weite Phasen der 1980er und 1990er Jahre ist kein zufälliges Ergebnis verschiedener exogener Faktoren (die Globalisierung beispielsweise) oder einer Überregulierung der (vor allem Arbeits-)Märkte geschuldet, sondern Ausdruck einer Marktkonstellation, die systematisch Wachstums- und Beschäftigungspotential verschenkt.

Die unterdurchschnittliche Wachstums- und Arbeitsmarktp Performanz in Deutschland wird deutlich, wenn es z.B. mit den Marktkonstellationen und Entwicklungen in Großbritannien und den USA verglichen wird (vgl. Tab. 2). In den USA scheint eine implizite, gelegentlich auch als ‚spontane‘ Koordinierung bezeichnete Marktkonstellation entstanden zu sein, in der eine expansive Geld- und Finanzpolitik bei dezentraler, moderater Lohnpolitik (die so genannte ‚traumatized workers‘ Hypothese) ein weitgehend inflationsfreies, hohes Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zumindest unterstützt und, nach dem weltweiten Konjunktur einbruch 2001/2002 erst ermöglichte (vgl. Setterfield 2006). Allerdings verweisen zahlreiche Autoren auch aufgrund der mangelnden Institutionalisierung dieser Marktkonstellation auf deren Zufälligkeit und Kontingenz und die Gefahr einer immanenten Instabilität (insbesondere eine schwer zu stoppende Deflation) im Falle anhaltender negativer Schocks (vgl. Blinder/Yellen 2001, Pollin 2003). Diese Gefahr wird auch für Großbritannien gesehen (vgl. Glyn 2005), insbesondere dann, wenn die ursprüngliche Stärke der Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene (der so genannte Soskice-Fall) weiter schwindet. Dennoch ist Großbritanniens Marktkonstellation nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch New Labour im Jahre 1997 und der Etablierung eines neuen makroökonomischen Governance-Systems (vgl. Balls/O’Donnell 2002; Heise 2008) deutlich wachstums- und beschäftigungsfreundlicher als die deutsche Marktkonstellation. Und der Vergleich mit der früheren, von den Tory-Regierungen unter Margret Thatcher und John Major durchgesetzten Marktkonstellation (vgl. Toynbee/Walker 2005: 126ff.) – die als nicht-kooperatives Nash-Gleichgewicht bei dezentraler, betrieblicher Lohnfindung mit starken Betriebsgewerkschaften verstanden werden kann – zeigt auch, dass institutionelle Reformen<sup>10</sup> sehr wohl dazu beitragen können, einen

---

<sup>10</sup> In Großbritannien war es das Zugeständnis der Instrumenten-Unabhängigkeit an die Bank of England und die Verabschiedung einer glaubwürdigen ‚New Fiscal Architecture‘, die eine ‚golden rule‘- Finanzpolitik implementiert. Da bereits die Tory-Regierung 1992 faktisch (aber eben nicht de jure) der Bank of England die Instrumenten-Unabhängigkeit zugestand und damit die Phase extrem nicht-kooperativer Geldpolitik (als Ausdruck der Suche nach Glaubwürdigkeit) beendete, endet auch die als nicht-kooperatives Nash-Gleichgewicht bezeichnete Marktkonstellation in Großbritannien 1992.

höheren Wachstumspfad bei anhaltend verbesserter Beschäftigungsperformanz einzuschlagen.

#### 4. Quo vadis, Deutschland?

Die Hoffnung, dass Wirtschaftspolitik – sei es mittels mikroökonomischer, ordnungspolitischer oder makroökonomischer, prozesspolitischer Eingriffe – das Wirtschaftsgeschehen nach Belieben (oder besser: nach gesellschaftlichen Zielen) steuern könnte, ist nicht erst seit der Ära der Globalisierung eklatant geschwunden. Die beschränkte Steuerungsfähigkeit zuzugestehen, heißt aber nicht, dass einem ‚Laissez faire‘ – also einer weitgehenden wirtschaftspolitischen Zurückhaltung – das Wort geredet werden muss. Viel zu viele ‚Realexperimente‘ zeigen gleichermaßen, dass einerseits Makropolitik auch in Zeiten der Globalisierung auf nationaler Ebene noch wirkungsmächtig ist und, andererseits, häufig mit Zeit- und Wirkungsverzögerungen (lags) und Unfähigkeit oder Interessenverknüpfung zu kämpfen hat<sup>11</sup>. Deshalb sollte sich die Wirtschaftspolitik auf regelgebundene Interventionen konzentrieren, statt diskretionär eingreifen zu wollen.

Für eine Einschätzung langfristiger Wirtschaftsentwicklungen, soweit sie durch wirtschaftspolitisches Handeln beeinflusst sind, bietet der postkeynesianische Marktconstellationsansatz eine gute, zunehmend empirisch gesättigte Grundlage<sup>12</sup>. Danach aber ist Deutschland weiterhin auf keinem guten Weg, die lang anhaltende, stagnative Phase der letzten Jahre zu überwinden. Selbstverständlich ist die langfristige Wirtschaftsentwicklung, auf die hier Bezug genommen wird, überlagert von konjunkturellen Schwankungen, die auch mit Jahren besserer Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung verbunden sein werden. Bei gehemmter Binnenwirtschaft werden solche Auf-, aber auch Abschwünge in besonderem Maße von außenwirtschaftlichen Entwicklungen bestimmt, die sich weitgehend der nationalen Wirtschaftspolitik entziehen. Aber auch Ersatzinvestitionszyklen durchbrechen stagnative Phasen immer wieder – wo beides zusammenkommt, kann schon der Eindruck einer neuen Wachstumsphase entstehen, der von den politischen Verantwortlichen leicht als ‚neues Wirtschaftswunder‘ überhöht werden kann. Doch wenn die eigentliche Marktconstellation keine institutionell abgesicherte Veränderung erfahren hat, wird sich dies als Illusion oder, wenn gezielt eingesetzt, als Ideologie herausstellen.

Gegenwärtig spricht nichts dafür, dass sich die deutsche Marktconstellation in wachstums- und beschäftigungsfördernder Weise verändert hat, vielmehr ist die

---

<sup>11</sup> In Heise (2006b) zeige ich jene Verteilungsinteressen auf, die mittels einer ‚Stabilitätspolitik‘ (einseitige Fixierung der Geldpolitik auf Preisstabilisierung, einseitige Fixierung der Finanzpolitik auf Haushaltskonsolidierung als Benchmarks ‚vernünftiger‘ Wirtschaftspolitik) durchgesetzt werden können und, je nach Verteilungskultur und Arbeitsmarktinstitutionen verschieden, auch durchgesetzt wurden.

<sup>12</sup> Neben der bereits zitierten Literatur sei u.a. auf Fritsche et al. (2004) oder Sauer/Vogel/Bahr (2007) verwiesen.

zunehmende Dezentralisierung der Tarifpolitik dazu angetan, die Internalisierungsfähigkeit des deutschen Kollektivvertragssystems zu untergraben. Die weitgehende Fokussierung der beschäftigungspolitischen Debatte auf mikroökonomisch begründete Deregulierung der Arbeitsmärkte hat hier leider schlechte Dienste geleistet. Stattdessen sollten Institutionen geschaffen bzw. besser genutzt werden, die großen makroökonomischen Politikbereiche besser aufeinander abzustimmen. Da die Geldpolitik mittlerweile vollständig europäisiert ist und auch die Finanzpolitik starken Restriktionen durch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt unterliegt, muss die Schaffung einer besseren Marktconstellation konsequenter Weise auf europäischer Ebene erfolgen – mit dem makroökonomischen Dialog im Rahmen des so genannten ‚Kölner Prozesses‘ ist dafür zwar die institutionelle Hülle geschaffen, allein es fehlt gegenwärtig der politische Wille zur Nutzung dieser Institution.

Aber die deutsche Wirtschaftspolitik muss sich nicht darauf beschränken – allerdings sollte sie dies viel intensiver als in der jüngeren Vergangenheit tun! –, das europäische Governance-System in mittlerer Frist zu verbessern, es bleiben auch nationale Gestaltungsspielräume. Und gerade weil die EZB ihre Geldpolitik nicht ausschließlich und in erster Linie an der Finanzpolitik der Bundesrepublik ausrichtet, dürfte die deutsche Finanzpolitik einiges an expansivem Interventionsspielraum haben<sup>13</sup> – gleichermaßen im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie (vgl. Heise 2002) wie auch vor dem Hintergrund der Vermeidung eines Konfliktes (nicht-kooperatives Nash-Gleichgewicht) mit der Geldpolitik: Zumindest wie im Falle Großbritanniens seit 1997 dürfte die deutsche Finanzpolitik heute ohne Gefahr einer geldpolitischen Sanktionierung durch die EZB (und damit durchaus anders als zu Zeiten der Bundesbank, die lediglich auf die Preisentwicklung in Deutschland und die deutschen Akteure blickte) die Möglichkeit besitzen, eine ‚nachhaltig-expansive‘ Ausrichtung einzunehmen – dies ließe sowohl der revidierte Stabilitäts- und Wachstumspakt zu, wie es auch ökonomisch funktional wäre. Doch auch hier fehlen noch die Einsicht und der politische Wille.

---

<sup>13</sup> In der Logik des hier vorgestellten Ansatzes wäre es natürlich zusätzlich sinnvoll, in einem erneuerten ‚Bündnis für Arbeit‘ zumindest eine Kooperation zwischen der Finanzpolitik der Regierung und der Lohnpolitik der Tarifparteien zu institutionalisieren, die dann als ‚Stackelberg-Führung der Lohn- und Finanzpolitik‘ aufzufassen wäre – eine ähnlich günstige Marktconstellation hat es Jahrzehnte in Österreich gegeben und erklärt die gute Beschäftigungsentwicklung in unserem Nachbarland; vgl. Heise 2008: 63ff.



## **Literatur**

Akerlof, G. A.; The Missing Motivation in Macroeconomics; in: American Economic Review, Vol. 97, No.1, 2007, S. 101 - 124

Balls, E., O'Donnell, G.; Reforming Britain's Economic and Financial Policy. Towards greater economic stability, Houndsmill 2002

Bibow, J.; Making EMU work: some lessons from the 1990s; in: International Review of Applied Economics, Vol. 15, 2001, S. 233 – 259

Bibow, J.; Assessing the ECB's Performance since the Global Slow-down: A Structural Policy Bias Coming Home to Roost? The Levy Economics Institute Working Paper No. 409, 2004

Blinder, A.S., Yellen, J.L.; The Fabulous Decade. Macroeconomic Lessons from the 1990s, New York 2001

Calmfors, L., Driffil, J.; Bargaining structure, corporatism and macroeconomic performance; in: Economic Policy, No., 1, 1988, S. 14 – 61

Davidson, P.; Post Keynesian Macroeconomic Theory, Cheltenham 1994

Dullien, S.; The Interaction of Monetary Policy and Wage Bargaining in the European Monetary Union – Lessons from the Endogenous Money Approach, Houndsmill 2004

EZB; Die stabilitätsorientierte geldpolitische Strategie des Eurosystems; in: Monatsberichte, Januar 1999, S. 43 – 55

Filc, W., Sandte, H.; Für eine regelgebundene Unabhängigkeit der Zentralbank; in: Heise, A. (Hrsg.); Renaissance der Makroökonomik, Marburg 1998, S. 125 – 140

Fritsche, U. et al.; Makroökonomische Regime und ökonomische Entwicklung: das Beispiel USA; in: Hein, E., et al. (Hrsg.); Europas Wirtschaft gestalten. Makroökonomische Koordinierung und die Rolle der Gewerkschaften, Hamburg 2004, S. 51 – 79

Glyn, A.; The British Economy: A Growth and Employment Miracle?; in: Intervention – Zeitschrift für Ökonomie, Jg. 2, H.2, 2005, S. 40 – 45

Heine, M., Herr, H.; Die Europäische Zentralbank. Eine kritische Einführung in die Strategie und Politik der EZB, Marburg 2004

Heine, M., Herr, H., Kaiser, C.; Wirtschaftspolitische Regime westlicher Industrienationen, Baden-Baden 2006

- Heise, A.; Grenzen der Deregulierung, Berlin 1999
- Heise, A.; New Politics. Integrative Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert, Münster 2001
- Heise, A.; Optimal Public Debts, Sustainable Deficits, and Budgetary Consolidation; in: *Empirica*, Vol. 29, No.4, 2002, S. 319 – 337
- Heise, A.; Market Constellations and Macroeconomic Policymaking: Institutional Impacts on Economic Performance; in: *Intereconomics*, Vol. 41, No. 5, 2006a, S. 272 – 281
- Heise, A.; Arbeitslosigkeit und Ungleichheit in verschiedenen Kapitalismusmodellen; in: *Arbeit – Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik*, 15. Jg., H. 4, 2006b, S. 273 - 289
- Heise, A.; Zwischen Intervention und Nachhaltigkeit – über den Beitrag postkeynesianischer Finanzpolitik für eine ‘andere Wirtschaft’; in: Krause, G. (Hrsg.); *Keynes als Alternative(r)?*, Berlin 2007, S. 193 - 202
- Heise, A.; *Economic Governance and Employment. Policy, Polity and Politics of Economic Rise and Decline*, Münster 2008 (im Druck)
- Hesse, H., Naujokat, A.; Zur Rolle der Geldpolitik in einem Bündnis für Arbeit; in: *Deutsche Bundesbank – Auszüge aus Presseartikeln Nr. 70 v. 27.11.1998*, S. 6 – 13
- Howell, D.R.(Hrsg.); *Fighting Unemployment. The Limits of Free Market Orthodoxy*, Oxford 2005
- Lindlar, L.; *Das mißverstandene Wirtschaftswunder*, Tübingen 1997
- Nachtwey, O., Heise, A.; Großbritannien: Vom kranken Mann Europas zum Wirtschaftswunderland?; in: *WSI-Mitteilungen*, 59. Jg., H. 3, 2006, S. 131 – 137
- Nordhaus, W.; Policy Games: Coordination and Independence in Monetary and Fiscal Policies; in: *Brookings Papers on Economic Activity*, Vo. 25, 1994, S. 139 - 216
- Olson, M.; *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation and Social Rigidities*, New Haven 1982
- Palley, T.; *Post Keynesian Economics*, Houndsmill 1996
- Palley, T.; The Structural Unemployment Trap: How the NAIRU can Mislead Policymakers; in: *New Economy*, Vol. 6, No. 2, 1999, S. 79 – 83

Pollin, R.; *Contours of Descent. U.S. Economic Fractures and the Landscape of Global Austerity*, London 2003

Pusch, T.; *Verteilungskampf und geldpolitische Sanktion*, Arbeitspapiere für Staatswissenschaften Nr. 24, Department für Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg 2007

Riese, H.; *Zur Reformulierung der Theorie der Makropolitik*; in: Heise, A. (Hrsg.); *Renaissance der Makroökonomik*, Marburg 1998, S. 25 – 40

Sauer, T., Vogel, L., Bahr, S.; *The autonomy of national fiscal policy in a globalised world: the experience in the Scandinavian EU countries Denmark, Finland and Sweden*, IMK Studies No. 6, Hans Böckler Stiftung, 2007

Schettkat, R.; *Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden*; in: *Wirtschaftsdienst*, 87. Jg., H.11, 2007. S. 742 – 747

Schettkat, R., Langkau, J. (Hrsg.); *Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik*, Bonn 2007

Setterfield, M.; *Monetary Policy, Labor Market Institutions and US Macroeconomic Performance during the 1990s*; in: Gnos, C., Rochon, L.-P. (Hrsg.); *Post-Keynesian Principles of Economic Policy*, Cheltenham 2006, S. 161 – 184

Soskice, D.; *Wage Determination: The Changing Role of Institutions in Advanced Industrialized Countries*; in: *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 6, No. 4, 1990, S. 36 – 47

Thomas, H., Nefiodow, L.A. (Hrsg.); *Kondratieffs Zyklen der Wirtschaft. An der Schwelle neuer Vollbeschäftigung?*, Herford 1998

Toynbee, P., Walker, D.; *Better or Worse? Has Labour Delivered?* London 2005

## **Bisher erschienene Arbeitspapiere**

No. 1 Arne Heise: EMU, Coordinanted Macroeconomic Policies and a Boost to Employment in the European Union, September 2002

Nr. 2 Arne Heise: Makroökonomisches Economic Governance: Makro-Dialoge auf nationaler und EU-Ebene, Februar 2002

Nr. 3 Arne Heise: Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung, Mai 2003

Nr. 4 Arne Heise: Optimale Verschuldung, Konsolidierungstrajektorien und Makroeffekte, Oktober 2003

Nr. 5 Arne Heise: Polit-ökonomische Betrachtung zur Sozialdemokratie. Die Wirtschaftspolitik der ‚Neuen Mitte‘ im Lichte von Public Choice- und Agenda-Theorie, November 2003

Nr. 6 Arvid Kaiser: Finanzielle Selbstbeteiligung in der Gesundheitsversorgung, Dezember 2003

Nr. 7 Arne Heise: Deutsche Finanzpolitik zwischen Wachstum und Konsolidierung, März 2004

Nr. 8 Leonhard Hajen: Steuerung über Preise erfordert Stewardship, April 2004

Nr. 9 Wulf Damkowski/ Anke Rösener: Good Governance auf der lokalen Ebene, Juni 2004

Nr. 10 Anke Rösner/ Wulf Damkowski: Gender Controlling in der Kommunalverwaltung, Juni 2004

No. 11 Arne Heise: The Economic Policies of German ‚Third Wayism‘ in the Light of Agenda Theory, October 2004

Nr. 12 Sybille Raasch: Antidiskriminierungsgesetze: Zum Umsetzungsstand der neuen EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in Deutschland, Dezember 2004

Nr. 13 Leonhard Hajen: Präventionsgesetz im Interessenkonflikt zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung, Dezember 2004

No. 14 Arne Heise: Limitations to Keynesian Demand Management through monetary policy – whither Cartesian policy control, December 2004

Nr. 15 Norman Paech: Die europäische Verfassung – Ein Schritt zur Demokratisierung der EU?, April 2005

No. 16 Arne Heise: Political Economy of Meritocracy, July 2005

Nr. 17 Arne Heise: Konzentration auf das Kerngeschäft – Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, November 2005

No. 18 Arne Heise: Market constellations and macroeconomic policy-making: institutional impacts on economic performance, February 2006

Nr. 19 Arne Heise: Keynesianismus, Sozialdemokratie und die Determinanten eines Regierungs- und Politikwechsels. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 im Lichte der Agenda-Theorie, August 2006

Nr. 20 Harry Friebel: Wähler-Macht der geburtenstarken Jahrgänge, Oktober 2006

Nr. 21 Arne Heise: Das Ende der neoklassischen Orthodoxie? Wieso ein methodischer Pluralismus gut täte, März 2007

No. 22 Arne Heise: How to create a growth-oriented market constellation for South Africa, March 2007

Nr. 23 Toralf Pusch: Verteilungskampf und geldpolitische Sanktion, April 2007

No.24 Ruth Hoekstra, Cécile Horstmann, Juliane Knabl, Derek Kruse, Sarah Wiedemann: Germanizing Europe? The Evolution of the European Stability and Growth Pact, May 2007

Nr. 25 Holger Brecht-Heitzmann: Das EU-Grünbuch zum Arbeitsrecht. ‚Flexicurity‘ als Patentrezept für das Arbeitsrecht in der Europäischen Union?, Mai 2007

Nr. 26 Martina Kliewe: Die Entwicklung der Corporate Finance  
Strukturen deutscher Unternehmen und deren Auswirkungen  
auf die Arbeitsbeziehungen. Juli 2007